Kommentare

Zimbabwe: Mit wem für was?

Die Präsidentschaftswahlen in Zimbabwe konfrontieren uns mit Grundsatzfragen. An der schamlosen Manipulation dieser Wahlen durch systematische Einschüchterung, willkürliche Polizeiaktionen und den faktischen Ausschluss mutmaßlicher Wahlstimmen für die Opposition kann nur Zweifel hegen, wer sich am Vorbild der drei indischen Affen orientiert. Leider ist das Verhalten vieler afrikanischer Regierungen dem nahe gekommen und untergräbt die Glaubwürdigkeit ihres Engagements für demokratische Verhältnisse. Es geht daher um das Verhältnis zwischen staatlicher Souveränität und dem Recht weltweiter zivilgesellschaftlicher Zusammenhänge, gegen krasse Verletzungen fundamentaler demokratischer Prinzipien nicht nur zu protestieren, sondern auch Sanktionen und andere Formen ziviler Intervention zu fordern. Wer die zimbabwischen und andere Befreiungsbewegungen unterstützt hat, muss sich der Frage stellen, was dabei herausgekommen ist. Wichtiger noch: Hat diese Solidarität in erster Linie Organisationen gedient, aus denen die heutigen Regierungsparteien hervorgegangen sind? Sollte sie nicht zuvorderst Menschen gelten, die sich gegen unwürdige Lebensverhältnisse und politische Unterdrückung zur Wehr setzen? Hat Solidarität mit dem Regime eines Robert Mugabe, der uns einmal als Leitfigur einer Befreiungsbewegung glaubwürdig erschien, Vorrang gegenüber der Solidarität mit den Gewerkschaften oder den Farmarbeiterinnen und Farmarbeitern? Sind wir auf Seiten der Opfer von Machtmissbrauch oder halten wir es mit den Tätern? Unterstützen wir jene sozialen Kräfte, die sich emanzipatorischen Zielen, mehr Gerechtigkeit und Teilhabe auch unter veränderten Bedingungen verpflichtet fühlen? Wenn Nord-Süd-Solidarität eine Zukunft haben und ihrer Verantwortung gerecht werden soll, müssen wir genau hinsehen und lernen, die Folgen unserer Parteinahme kritisch zu bedenken. Wir müssen uns beständig fragen, mit wem wir es denn halten. Sonst verrutscht das Eintreten für die Erniedrigten und Beleidigten allzu leicht in das Zögern, Einspruch gegen despotisch entartete Regimes zu erheben. Damit aber würden wir die Glaubwürdigkeit und Stärke eben jener Werte und Normen schwächen, auf die wir uns als Prinzipien unserer Handlungsmaxime berufen.

Reinhart Kößler/Henning Melber